

Deutschlands Vergangenheit und Europas Gedächtnis

NORBERT FREI

„Europas Gedächtnis“ lautet der Titel dieses Bandes. Das lässt sich hören, da klingt auch ein wenig Stolz durch und Zuversicht, und wer wollte die darin aufscheinende Hoffnung im 50. Jahr der Römischen Verträge leichthin dementieren? Gedächtnis, Erinnerung, Identität – das sind gegenwärtig zweifellos Lieblingsvokabeln im europäischen Sinndiskurs. Erlauben Sie mir zu sagen, dass ich dies mit gemischten Gefühlen sehe. Mir fehlt in diesem modischen Begriffshaushalt nämlich die Geschichte, genauer gesagt: Geschichtsbewusstsein. Denn Geschichte geht nicht in Erinnerung auf. Umso mehr freue ich mich, dass ich über die deutsche *Vergangenheit* sprechen darf – also über Geschichte –, und darüber, wie die Geschichte dieser Vergangenheit sich zu den rezenten Erinnerungsdiskursen verhält.¹

Deutschlands Vergangenheit und Europas Gedächtnis – was hat das eine mit dem anderen zu tun? Der heutige Tag, der 26. April 2007, hält einen Hinweis auf die Antwort bereit: Denn exakt vor 70 Jahren legten deutsche Bomber der „Legion Condor“ Guernica in Schutt und Asche. Görings Luftwaffe erprobte an der kleinen baskischen Stadt eine neue Technik, der ab 1939 Hunderttausende von Zivilisten zum Opfer fallen sollten: das Flächenbombardement – eine Form der Kriegführung, die dann in der zweiten Hälfte des Zweiten Weltkriegs auf die Deutschen selbst zurückschlagen würde. Stundenlang klinkten die deutschen Piloten ihre Spreng-, Splitter- und Brandbomben über Guernica aus. Am Ende des Tages waren 250 Menschen tot, Hunderte verletzt – und die Deutschen hatten eine neue Stufe in der Eskalation der Kriegführung im

20. Jahrhundert genommen. Sie hatten begonnen, so könnte man sagen, sich mit ihren Verbrechen in das Gedächtnis Europas einzubrennen.

Guernica verdankt sich in hohem Maße der kommunistischen Propaganda, die das präzedenzlos Ungeheuerliche des Vorgangs sofort verstand und anzuprangern wusste – und sie verdankt sich selbstverständlich Picassos berühmtem Gemälde, das schon im Sommer 1937 im spanischen Pavillon der Pariser Weltausstellung zu sehen war. Aber die Erinnerung an Guernica wäre wohl längst verblasst, hätten sich die dortigen Schrecken im Rückblick nicht als Auftakt für weitaus größere Verbrechen der Deutschen im Zweiten Weltkrieg erwiesen.

Und es war dieser vom nationalsozialistischen Deutschland gewollte Zweite Weltkrieg, in dem, so meine These, Europas heutiges Gedächtnis gründet. Die im Verlaufe dieses Krieges von den Deutschen und auf deren Geheiß begangenen Verbrechen – im Zentrum das Menschheitsverbrechen an den Juden – bilden den Ausgangspunkt dieses Gedächtnisses. Der „Zivilisationsbruch“ (Dan Diner) des Holocaust ist in diesem Sinne also Ursprung und Kern jenes europäischen Erinnerungsdiskurses, der sich im Verlauf der europäischen Einigung nach 1945 sukzessive herausgebildet und seit den achtziger Jahren immer deutlicher entfaltet hat.

Damit ist schon angedeutet, dass Deutschlands Vergangenheit und Europas Gedächtnis inzwischen längst eine Geschichte haben, die eigens beleuchtet, ja „historisiert“ zu werden verdient. Ich will versuchen, dazu in drei unterschiedlich großen Schritten etwas beizutragen: Erstens möchte ich einige durchaus allgemein zu nennende Bemerkungen zum deutschen Umgang mit der Vergangenheit machen (I). Ich möchte diese Überlegungen zweitens dann in Verbindung bringen mit ein paar Überlegungen zur Bedeutung dessen, was ich Generationenkonstellationen nenne – und dazu, was deren Veränderung im Prozess des sich wandelnden Umgangs mit der Vergangenheit bedeutet (II). Drittens soll es dann um die Funktion und Bedeutung der deutschen Vergangenheit im Zusammenhang mit der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen eines europäischen Gedächtnisses gehen (III).

I

Nach 1945 hatten die Deutschen keine Möglichkeit, sich ihrer, wie man damals gerne sagte, „jüngsten Vergangenheit“ nicht zu stellen. Und im Grunde ist es sechzig Jahre lang so geblieben. Natürlich veränderte sich in diesen vielen Jahrzehnten der gesellschaftliche Umgang mit der NS-Vergangenheit – er währt ja inzwischen mehr als fünfmal so lange wie die zwölfjährige Geschichte des „Dritten Reiches“. Aber mehr oder we-

niger konstant blieb doch eine Überzeugung, die sich gegen Ende der fünfziger Jahre langsam herauszubilden begann und die heute in weiten Teilen unserer Gesellschaft, wenngleich natürlich nicht von allen, geteilt wird: nämlich die Überzeugung, dass man zu dieser Vergangenheit ein reflektiertes Verhältnis finden, dass man sich mit ihr auseinandersetzen muss. Wer das nicht will, wem gar nachgesagt werden kann, er könne „alles, außer Geschichte“, der muss um sein Amt fürchten. Der baden-württembergische Ministerpräsident Günter Oettinger hat das unlängst erfahren.

Die anhaltende Wirksamkeit dieser bundesrepublikanischen Vergangenheitsauffassung zeigt sich in einer unausgesprochenen Selbstverständlichkeit: Wenn von „Deutschlands Vergangenheit“ die Rede ist, dann ist – jedenfalls im Westen der Bundesrepublik – unausgesprochen klar, dass es um die NS-Zeit gehen wird. (In den ostdeutschen Ländern ist das etwas anders, zumindest begegnet einem dort häufiger die Unterscheidung zwischen der „ersten“ und der „zweiten Diktaturvergangenheit“ – und dann auch vielfach die Klage, dass von der zweiten, also von der DDR, zu wenig gesprochen werde.)

Diese gesellschaftliche Übereinkunft im Umgang mit der deutschen Vergangenheit festzustellen heißt aber nicht, dass man der seit langem zu hörenden kulturpessimistischen Klage beipflichten muss, wonach die anhaltende Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte die zweifellos erfreulichere Beschäftigung mit den davor und danach liegenden „helleren Epochen“ der deutschen Vergangenheit blockiere; die große Aufmerksamkeit, der sich historische Museen aller Art und vielerlei Ausstellungen in unserem Land erfreuen, spricht schon immer eine andere Sprache, und ähnliches gilt für das breite Interesse sowohl an der Geschichte der beiden Teile Deutschlands in den fünfziger und sechziger, ja inzwischen auch schon an den siebziger Jahren; man denke nur an das Stichwort RAF.

Aber richtig ist: Im Westen Deutschlands entstand seit 1945 – vor allem, weil entsprechende Erwartungen von außen an die Deutschen herangetragen wurden – so etwas wie ein neuartiges Geschichtsbewusstsein. Eine der Grundlagen dafür war die Einrichtung einer neuen fachwissenschaftlichen Disziplin, der so genannten Zeitgeschichte. In den späten vierziger Jahren kam es in München, also in der amerikanischen Besatzungszone, zur Etablierung eines entsprechenden Instituts. Es trug zunächst den Namen „Deutsches Institut zur Erforschung der nationalsozialistischen Zeit“, aus dem bald aber das bekannte Institut für Zeitgeschichte wurde, das seit 1953 die nicht weniger bekannten *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* herausgibt. Sehr zugespitzt kann man sagen, dass die Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit so etwas wie ei-

ne intellektuelle Reparationsforderung unserer Nachbarn und vormaligen Kriegsgegner gewesen ist – eine Erwartung, der von deutscher Seite zunächst sicher zögerlich, dann aber doch in zunehmendem Maße entsprochen wurde.

Für die „alte“ Bundesrepublik kann man vor diesem Hintergrund meines Erachtens tatsächlich davon sprechen, dass im Laufe der Zeit die kritisch-aufklärerische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit geradezu zu einem Merkmal ihrer politischen Kultur geworden ist. Das galt nicht unmittelbar nach Gründung der Bundesrepublik, als zunächst direkt gegenläufige vergangenheitspolitische Prozesse in Gange waren,² aber doch seit Ende der fünfziger Jahre und dann deutlich zunehmend in den Sechzigern. Die Frage ist, inwieweit dieser selbstkritische Umgang mit der NS-Geschichte eine Zukunft hat.

II

Lassen Sie mich Ihnen nun zunächst vor Augen führen, was ich mit sich wandelnden Generationenkonstellationen und ihrer Bedeutung für den Umgang mit der NS-Vergangenheit meine. Zu diesem Zweck möchte ich vor allem drei politische Generationen im 20. Jahrhundert identifizieren. Dabei ist mir natürlich bewusst, dass das Denken in Generationen in der Geschichtswissenschaft derzeit nicht nur Konjunktur hat, sondern zu Recht auch Kritik findet. „Generation ist immer“, heißt es dann, und das ist ja auch nicht falsch. Aber „Generation“ im Sinne von Erfahrung ist eben nicht immer, sondern spezifisch, wenn man sie auf einen prägenden Ereigniszusammenhang beziehen kann – und ein solcher ist der Zweite Weltkrieg ganz bestimmt.

Im Blick auf die deutsche Wahrnehmung dieses Krieges und, nicht weniger wichtig, in Bezug auf sein erfahrungsgeschichtliches Nachwirken in den seitdem vergangenen Jahrzehnten lassen sich, zugegebenermaßen etwas vereinfachend, die folgenden Generationenkohorten ausmachen: Erstens die Erfahrungsgeneration der um 1905 Geborenen, die sich als die Funktionsgeneration des Nationalsozialismus bezeichnen lässt. Es handelt sich damit um jene Kohorte, die zu Anfang des Dritten Reiches in verantwortliche Positionen gekommen ist und die recht deutlich abgehoben werden kann von der Generation der zumeist etwas älteren eigentlichen Führungsfiguren der NS-Bewegung (also der Hitler, Goebbels' und Görings). Die zweite identifizierbare Erfahrungsgeneration ist die der um 1925 Geborenen, die schon bald nach 1945 bis in den allgemeinen Sprachgebrauch hinein als die skeptische Generation der ehemaligen Flakhelfer und jungen Frontsoldaten bekannt wurde. Auch

die dritte Erfahrungsgeneration, die um 1945 geborenen Kriegs- und Nachkriegskinder, trägt seit langem ein Etikett: als Generation der Achtundsechziger.

Bleibt man in dem damit vorgezeichneten 20-Jahres-Rhythmus, so ergeben sich mit Blick auf den Zweiten Weltkrieg – nun allerdings nicht mehr als Erfahrungs-, sondern als Tradierungsgenerationen – zumindest rechnerisch zwei weitere Kohorten, nämlich die der um 1965 und die der um 1985 Geborenen. Leichter als die Benennung von Unterschieden fällt es freilich, für die heute Vierzigjährigen und die Zwanzigjährigen Gemeinsamkeiten zu konstatieren: Für beide Generationen gilt, dass ihnen die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit als kulturelle Praxis vermittelt wurde, und dass beide Generationen diese Tradierungserfahrung noch in der Gegenwart von Zeitzeugen gemacht haben bzw. gerade noch machen. Letzteres wird für die nächste Generation nicht mehr der Fall sein.

Aber zurück zu den Generationen der um 1905, 1925 und 1945 Geborenen: Es bedarf keiner besonderen Vorstellungskraft um sich klarzumachen, dass die gesellschaftlichen Einflusskonstellationen dieser drei Kohorten in der deutschen Nachkriegsgeschichte einem permanenten Wandel unterlagen. Ebenso wie immer „Generation“ ist, ist immer auch Wandel. Und dennoch kommt es von Zeit zu Zeit zu spezifischen, sozialpsychologisch und gesellschaftsanalytisch besonders relevanten Generationenkonstellationen. In diesem Sinne meine ich, dass sich auf der Zeitachse – bezogen auf die drei genannten Generationen – signifikante Schnittpunkte abbilden, die für die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik von besonderer Bedeutung gewesen sind: nämlich die mittleren sechziger und die mittleren achtziger Jahre, aber auch die Gegenwart.

Mitte der sechziger Jahre begann für die Funktionsgeneration des „Dritten Reiches“ der Rückzug aus dem Berufsleben; damit trat jene Generation in den Hintergrund, die auch den Nachkriegs-Wiederaufbau funktional im wesentlichen getragen hatte, während die politische Verantwortung bei den alten Weimaranern lag. Parallel dazu nahm die „skeptische Generation“ die Schlüsselpositionen in Staat und Gesellschaft ein – und die Generation der Kriegskinder die Universitäten.

Mitte der achtziger Jahre war die Funktionsgeneration des Nationalsozialismus dann bereits weitgehend erloschen, die skeptische Generation auf dem Weg in die Rente, und die Generation der Kriegskinder, nun in ihrer neueren Ausprägung als „Achtundsechziger“, gelangte sukzessive in die Verantwortung – und sei es dort, wo sie sich damals immer noch befand, also in den Universitäten. Mit Opfererfahrung hatte letzteres natürlich allenfalls im übertragenen Sinne zu tun, alles zusam-

men mit Schulddiskursen und deren Verwandlungen im Laufe der Jahrzehnte aber eine ganze Menge. Lassen Sie mich versuchen, dies im Folgenden wenigstens stichwortartig zu skizzieren.

Jenseits des Deklamatorischen der offiziellen Politik trauerten die Deutschen nach dem Krieg – wenn sie denn trauerten (was nicht nur die Mitscherlichs bekanntlich bezweifelt haben) – zunächst um jene Opfer, die sie als ihre eigenen Toten begriffen. Das bedeutet, die öffentliche Selbstverständigung über die „jüngste Vergangenheit“ seit den späten vierziger Jahren bezog sich einerseits auf reale (allerdings fragmentierte) Todes- und Opfererfahrung in der zweiten Hälfte des Zweiten Weltkriegs und auf dessen unmittelbare Nachwirkungen in Gestalt von Flucht und Vertreibung, Obdachlosigkeit und vielfältiger Not. Andererseits nährte sie sich von der Wahrnehmung der alliierten Politik der Schuldkonfrontation und Entnazifizierung in den ersten Monaten und Jahren nach Kriegsende.

In diesem Diskurs dominierte eindeutig die NS-Funktionsgeneration, der es im wesentlichen gelang, ein Selbstbild – und damit ein Bild von den Deutschen – zu etablieren, das diese als die „ersten Opfer“ Hitlers verstand und das es erlaubte, die Verantwortung für die Entrechtung von Minderheiten, für Krieg und Holocaust wenn nicht zu verdrängen, so doch auf die gleichsam neu entdeckte Spezies der „wirklichen Nazis“ abzuschieben. Von außerordentlicher Bedeutung für die Ausgestaltung dieser post-volksgemeinschaftlichen Selbstwahrnehmung der Deutschen in dieser Phase war das Konstrukt der Kollektivschuldthese.

Deutsche Schuld wurde bis in die sechziger Jahre hinein metaphysisch interpretiert, als das faustische Verhängnis einer Nation, die das Gute wollte und das Böse schuf, als Tragik, als Verstrickung und als diabolische Verführungskraft totalitärer Dämonen. Vor diesem kollektiven Gefühlshintergrund erscheinen die empirisch-nüchternen Anfänge der westdeutschen Zeitgeschichtsschreibung, allen Blind- und Schwachstellen zum Trotz, übrigens wie ein verzweifelt flackerndes Lichtlein des politischen Rationalismus.

Im generationellen Konstellationswechsel der sechziger Jahre trat dann immer deutlicher die Generation der um 1925 Geborenen ins Bild: Ihre Stichworte waren – nach einer kurzen Phase der ideologischen Desillusionierung am Ende des Krieges, der eine zügige politische Umorientierung gefolgt war – besagte Rationalität und Nüchternheit (natürlich nicht nur bei denen, die sich der Zeitgeschichtsforschung oder überhaupt der Wissenschaft verschrieben) sowie die pragmatische Anerkennung und Aneignung eines neuen demokratischen Stils und Wertehorizonts.

Dazu passte die wehleidige Selbstwahrnehmung der Deutschen als Opfer weder im Stil noch in der Sache. Vielmehr war nun Aufklärung

gefragt, genauer: die Selbstaufklärung einer aus den Schlacken der Volksgemeinschaft sich lösenden, einer sich verwestlichenden Gesellschaft. Damit einher ging die gesellschaftliche Verbreiterung des Projekts der „Vergangenheitsbewältigung“, namentlich ein neuer Anlauf bei der justitiellen Ahndung von Kriegs- und NS-Verbrechen, die in den fünfziger Jahren weitgehend zum Erliegen gekommen war.

Das Selbstbild von den Deutschen als Opfern geriet in dieser Phase immer deutlicher ins Hintertreffen, zumal die materiellen Kriegsfolgelasten bereits weitgehend kompensiert waren, fast 12 Millionen Vertriebene ökonomisch erstaunlich erfolgreich integriert erschienen und die deutsche Teilung wenn nicht zustimmungsfähig, so doch im Zuge einer sich anbahnenden neuen Ostpolitik erträglich gemacht zu werden versprach.

Wenngleich sich manche Verschiebungen bereits seit den späten fünfziger Jahren angedeutet hatten – man denke etwa an die vor allem in der jungen Generation gestärkte Wahrnehmung des Judenmords durch den großen publizistischen Erfolg des Tagebuchs der Anne Frank – so waren es doch die mittleren sechziger Jahre, mit denen sich die Etablierung eines neuen Schuldverständnisses und die gesellschaftlich verbreiterte Anerkennung des Judenmords als Schuld der Deutschen verband.

Befördert wurde dieser Wandel auch durch die Politisierung der um 1945 geborenen Kriegskinder, die sich nun als jene popkulturell und politisch weltweit vernetzte Protestgeneration zu entfalten begannen, mit der sich dann bald das Label „Achtundsechzig“ verband. Über das Nationalsozialismus- bzw. Faschismusverständnis der „Achtundsechziger“ ist viel – und viel Vergrößerndes – geschrieben worden; hingegen erscheint es evident, dass zu ihren wesentlichen Ausgangsmotiven die wachsende Wahrnehmung des Skandals der „unbewältigten Vergangenheit“ zählte – und damit auch die Kritik des gesellschaftlich noch immer breit akzeptierten, dieser Generation jedoch unerträglich gewordenen Selbstverständnisses der Deutschen als Opfer. (Das auf dem Höhepunkt der Revolte rasch schwindende Interesse der neuen „Bewegung“ am realen Nationalsozialismus steht demgegenüber auf einem anderen Blatt, ebenso übrigens wie die Wahrnehmung ihrer Protestformen durch die ältere Generation, die sofort bezeichnende historische Parallelen zu erkennen meinte.)

Die siebziger Jahre waren dann geprägt von einem politisch-gesellschaftlichen Fundamentalkonflikt, in dem der Generation der Kriegskinder – jetzt identifiziert als die „Achtundsechziger“ – insbesondere die Protagonisten der skeptischen Generation gegenüberstanden. Im Verlauf dieser Auseinandersetzung trat die konkrete NS-Vergangenheit als Streitpunkt zunächst sehr stark zurück, kehrte dann allerdings im Zuge

der Ausdifferenzierung und Veralltäglichen der protestkulturellen Milieus in Form lokaler Geschichtswerkstätten und einer „Geschichte von unten“ bereits gegen Ende des Jahrzehnts zurück.

Deshalb erscheint es mir auch überzogen, als Ergebnis von „1968“ eine „zweite Verdrängung“ der Vergangenheit zu konstatieren. Dagegen spricht schon die Kürze der Zeitspanne, in der diese Verdrängung stattgefunden haben müsste: zwischen der Entkonkretisierung der Vergangenheit im Zuge einer universalen Kapitalismuskritik und den Anfängen der Alltagsforschung liegt weniger als ein Jahrzehnt, und bereits Anfang 1979 stößt die Ausstrahlung der amerikanischen TV-Mini-Serie „Holocaust“ auf enorme gesellschaftliche Resonanz. Und so gewiss die Hochphase des Terrorismus der siebziger Jahre die medialen Aufmerksamkeitsstrukturen vorübergehend stark veränderte, so gewiss ist doch auch, dass etwa der Düsseldorfer Majdanek-Prozess von 1975 bis 1981 immer wieder publizistische Beachtung fand.

Bereits Anfang der achtziger Jahre, spätestens mit dem 1983 einsetzenden Gedenkmarathon, der die Geschichte des „Dritten Reiches“ im Abstand eines halben Jahrhunderts kommemoriert, war ein neues Stadium der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit erreicht, in dem das Deutschland der Hitler-Zeit immer deutlicher als Zustimmungsgemeinschaft gezeichnet wurde und die so genannten kleinen Leute als Mittäter, bestenfalls als Mitläufer – jedenfalls nicht mehr als Opfer – erschienen. Die damals vom Bayerischen Fernsehen verantwortete Serie über „Flucht und Vertreibung“, die erstmals breit auf Interviews mit Zeitzeugen setzte, wollte demgegenüber als „deutsche Antwort“ auf das Doku-Drama „Holocaust“ verstanden werden, entsprach aber insoweit nur noch einem inzwischen minoritär gewordenen Bedürfnis.

In gewisser Weise galt das auch für Ernst Noltes seit 1980 wiederholt geäußerte Besorgnis angesichts einer „Vergangenheit, die nicht vergehen will“. Nolte formulierte damit tatsächlich eine Art faktisches Prius zu dem, was der „Historikerstreit“ Mitte der achtziger Jahre zur Anschauung und zum Ausdruck brachte: Die Selbstwahrnehmung der Deutschen in ihrem Verhältnis zur Vergangenheit hatte sich gravierend verändert – sie unterlag nun insbesondere nicht mehr jenen Restriktionen, die bis dahin doch immer noch, wenngleich seit Mitte der sechziger Jahre in abnehmendem Maße, mit der Rücksichtnahme auf die vergangenheitspolitischen Interessen der Funktionsgeneration verbunden gewesen waren.

Ein starkes Indiz für diese gewandelten Verhältnisse war 1985 die Rede Richard von Weizsäckers, die den 8. Mai 1945 erstmals als Tag der Befreiung normativ festschrieb und von der in gewisser Weise eine direkte Linie zu der nicht weniger grundsätzlich gemeinten Wehr-

machtausstellung des Jahres 1995 weist. Der potentiell apologetisch zu wendende Nebensinn der Rede des Bundespräsidenten (nämlich dass eigentlich nur befreit werden kann, wer unterdrückt ist) spielte im damaligen Diskurs interessanterweise keine Rolle – allerdings auch nicht die kollektivnarzisstisch kränkende Wahrheit, dass es den Alliierten nicht um die Befreiung der Deutschen, sondern um die Befreiung der Welt von der Pest des Nationalsozialismus gegangen war.

Begünstigt durch die Öffnung der osteuropäischen Archive, verzeichnete die bereits in den achtziger Jahren in Gang gekommene „Täterforschung“ Anfang der neunziger Jahre nicht nur innerhalb der Fachwissenschaft, sondern auch in der Öffentlichkeit zunehmende Aufmerksamkeit. Ihren medialen Höhepunkt erreichte sie zweifellos in der Goldhagen-Debatte von 1996, als viele, vielleicht sogar eine Mehrheit der historisch interessierten nachgeborenen Deutschen mit der These einverstanden war, wonach der Holocaust als das „nationale Projekt“ der von einem „eliminatorischen Antisemitismus“ getriebenen Hitler-Deutschen anzusehen sei. Im Rückblick vermögen wir zu erkennen: Damit war der Zenit einer im Laufe eines halben Jahrhunderts dramatisch gewandelten Selbstwahrnehmung der Deutschen erreicht: vom „Volk der Opfer“ zum „Volk der Täter“.

III

Wie verhält sich nun die hier in aller Kürze skizzierte Geschichte des deutschen Umgangs mit der NS-Vergangenheit zur Entwicklung eines europäischen Gedächtnisses, von dem ich gesagt habe, dass es auf der Erfahrung der deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg aufruht? Was man wohl ohne Umschweife feststellen kann: Es war und ist noch immer vor allem dem „deutschen Fall“ und seiner Entwicklung geschuldet, wenn die Praxis des prinzipiell aufklärerischen Umgangs mit der Geschichte im Laufe der letzten etwa eineinhalb Jahrzehnte zur weithin akzeptierten politisch-kulturellen Maxime in Europa geworden ist – und über Europa hinaus.

Die Entstehungsbedingungen dieser Praxis eines, vereinfachend gesagt, aufgeklärten (oder doch jedenfalls aufklärerischen) Geschichtsbewusstseins kann ich hier nur in einigen groben Strichen skizzieren. Gleichwohl wird hoffentlich deutlich werden, dass es sich dabei weniger um eine „deutsche Leistung“ handelt, auf die wir womöglich sogar Anlass hätten stolz zu sein, als vielmehr um eine deutsche Notwendigkeit zur Ermöglichung eines humanen Weiterlebens nach 1945; um einen transnationalen Prozess der politisch-kulturellen Veränderung, der sich

jedenfalls nicht auf das gelegentlich zu hörende, unangemessene Selbstbild vom „Weltmeister der Vergangenheitsbewältigung“ reduzieren lässt. Weiter wird hoffentlich deutlich werden, dass es sich nicht um etwas Abgeschlossenes, um einen ein- für allemal erreichten Zustand handelt, sondern, wenn die Maxime der Selbstkritik nur ernst genommen werden soll, um einen unabschließbaren Prozess. Damit aber ist auch gesagt, dass es sich um einen politisch-kulturellen Reflexionszusammenhang handelt, der Rückschläge und Rückentwicklungen gewärtigen muss.

Anlass und Ausgangspunkt für einen zuerst in Europa sich verändernden, selbstkritischen Blick auf die Geschichte war und ist, ich deutete es schon an, die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs. Die traumatischen Erfahrungen, die Europa in diesem zweiten großen Krieg innerhalb von nur drei Dekaden machte, haben sich tief in das Gedächtnis der daran beteiligten und der davon betroffenen Völker eingegraben. Dafür steht auch das in letzter Zeit wieder häufiger gebrauchte Wort – Fritz Stern hat es geprägt – von einem „Zweiten Dreißigjährigen Krieg“, der 1945 zu Ende gegangen sei. Wobei hinzuzufügen ist, dass der Zweite Weltkrieg tendenziell die Erinnerung an die Schrecken des Ersten Weltkriegs überlagert hat – wenn auch in Deutschland sehr viel stärker als in England oder in Frankreich.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war – ganz anders als nach 1918 – über die Schuld am Kriegsausbruch schlechterdings nicht zu streiten, und auch die Verantwortung für die in der Tarnung des Krieges begangenen Großverbrechen lag klar zutage. Das hat vermutlich dazu beigetragen, dass sich das politische und moralische Rasonnement, eigentlich von Anfang an, nicht, wie nach früheren Waffengängen, auf die Distinktion zwischen Siegern und Verlierern bezog, sondern dass es um Täter und Opfer ging.

Es war die Täterschaft, die Deutschland von allen anderen Kriegsparteien unterschied. Gewiss, die Deutschen waren auch die Verlierer des Zweiten Weltkriegs, aber verloren hatten in diesem Krieg doch alle, auch die Siegermächte. Verloren hatte die Menschheit. So wenig der Mord an den europäischen Juden im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher im Zentrum stand, so klar machte dies der Anklagepunkt „Crimes against humanity“. (Im Deutschen hat man dies – anfangs sicher nicht ohne Grund – nur in seiner schwächeren Bedeutung übersetzt als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, nicht als Verbrechen gegen die Menschheit, und dabei ist es dann geblieben.)

Und so uneinsichtig bald nach „Nürnberg“ viele Deutsche erst einmal begannen, von „Siegerjustiz“ zu sprechen, – für den Rest der Welt lagen die Dinge seit dem Internationalen Militärtribunal klar: Die Deut-

schen waren nicht einfach nur die Verlierer des Krieges, sie waren das Volk der Täter. Sie waren es, deren ungeheuerliche Taten nach einer Fortbildung des Völkerrechts verlangten. Mir scheint, mit der damals ins Zentrum gestellten Differenz zwischen Tätern und Opfern war – im Zeichen des soeben durchlebten Völkermords – der Bedeutungsverlust einer viel älteren Unterscheidung eingeleitet: der sozusagen klassischen, der Logik des Kriegsrechts folgenden Feststellung von Siegern und Verlierern.

Mit dem Zweiten Weltkrieg, so könnte man sagen, hatte sich die heroische Epoche selbst an ihr Ende gebracht. Bezeichnenderweise wurden nach 1945, jedenfalls im Westen, kaum mehr Siegerdenkmale errichtet. (In der Sowjetunion, wo die alljährlich zelebrierte Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg vielerlei Funktionen erfüllte, war das anders.) Sicherlich, man gedachte auch im Westen weiterhin seiner gefallenen Soldaten – oft übrigens nur noch, indem die Namenstafeln aus dem Ersten Weltkrieg um eine Reihe verlängert wurden –, aber man versinnbildlichte seinen Sieg nicht mehr. Für Triumphgefühle schienen die Europäer keinen Platz mehr zu haben; statt der Restauration heroischer Gesten und dem Rekurs auf koloniale, imperiale Traditionen wählten sie schon bald, jedenfalls im Westen, die Metapher des gemeinsamen Neuanfangs. Und nicht selten bediente man sich dabei zusätzlich der Kindheitsmetaphern – so etwa, wenn die Gemeinschaft der Europäischen Staaten als ein Reigen von Kindern symbolisiert wurde, der einander bei den Händen fasst.

Gewiss steckte ein sich auf diese Weise gleichsam selbst erfindender, scheinbar unschuldiger Neuanfang voller Ambivalenzen: Er ermöglichte einerseits eine rasche Überwindung des noch frischen Bewusstseins der totalen Verfeindung und der alten Erbfeindschaft (vor allem zwischen Deutschland und Frankreich). Aber er erlaubte es doch auch, unbequeme Wahrheiten beiseite zu räumen und an deren Stelle bequemere kollektive Mythen zu rücken; man denke etwa an die Überhöhung der *résistance* in Frankreich und der *resistenza* in Italien, aber auch zum Beispiel an das Talent der Niederländer, ihren Eifer bei der Deportation der Juden zu verdrängen.

Dennoch und immerhin: Die Erfahrungen – die Verheerungen – des Zweiten Weltkriegs wurden zum Agens eines ungestümen, im Grunde unglaublichen europäischen Einigungswillens. Wer diesen Willen zur Kooperation auf seine ökonomische Rationalität reduziert und eine gleichsam überpolitische Zwangsläufigkeit postuliert, der verfehlt das Wesentliche. Denn die Eigendynamik der nach 1945 entstandenen politischen Integration brachte und bringt immer wieder die Frage der kulturellen Gemeinsamkeiten und einer europäischen Identität hervor – und

sie weist insofern immer wieder zurück auf ihre Anfänge in den geistigen und materiellen Verwüstungen der Nachkriegszeit.

Wahrscheinlich war die alte Bundesrepublik, indem sie sich für lange Zeit als das nur provisorische Gehäuse einer geteilten Nation verstanden wissen wollte, im fortschreitenden Prozess der europäischen Einigung besser als die klassischen Nationalstaaten disponiert, ihr Selbstverständnis, schließlich auch ein gewisses Selbstbewusstsein aus dem selbstkritischen Umgang mit der Vergangenheit zu ziehen. Aber mindestens so sehr hat dazu beigetragen, dass ihre Nachbarn und Bündnispartner genau diese historische Sensibilität von ihr auch erwartet haben.

Doch nun kommt die Dialektik ins Spiel: Der mühsame Lernprozess, in dem sich dieses selbstkritische Geschichtsbewusstsein im Laufe der Jahrzehnte in der Bundesrepublik entfaltete und entwickelte – er konnte auf Dauer kaum ohne Auswirkungen auch auf jene bleiben, die diesen Lernprozess erwarteten, begleiteten und beobachteten. Anders gesagt: Je mehr es den Deutschen gelang, sich ihrer Vergangenheit aufrichtig zu stellen und vor allem auch Verantwortung zu übernehmen, desto mehr schwand die funktionale Bedeutung – und mit ihr die Überzeugungskraft – der nach 1945 formulierten kollektiven Mythen ihrer Nachbarn.

Anderes kam hinzu: Natürlich hatte es auch mit dem Ablauf von Zeit und mit den dadurch veränderten Generationenkonstellationen zu tun, wenn die geschichtspolitischen Setzungen der Nachkriegsperiode seit etwa Mitte der achtziger Jahre in Bewegung gerieten – also durchaus noch vor dem Ende der deutschen Teilung und des Blocksystems. Was die alte Bundesrepublik betrifft, so habe ich schon an den „Historikerstreit“ von 1986 erinnert, an die Auseinandersetzung um die Frage der „Singularität“ des Holocaust. Es war der deutsch-israelische Historiker Dan Diner, der in diese Debatte den bereits erwähnten Begriff des „Zivilisationsbruchs“ einführte – und damit eine Vorstellung, die Hannah Arendt schon Jahrzehnte früher, nämlich unter dem direkten Eindruck des Geschehens, entwickelt hatte.

Erinnert sei aber auch an das schon im Jahr zuvor, aus Anlass des 40. Jahrestags des Kriegsendes, von Martin Broszat formulierte „Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus“. Dessen zentrale Forderung bezeichnet bis heute die Herausforderung der Geschichtswissenschaft: Wie lässt sich die Zeit des „Dritten Reiches“ in den Verlauf der deutschen Geschichte einordnen, ohne dass darüber die kritische Distanz verloren geht?

In den letzten etwa eineinhalb Jahrzehnten weitete sich schließlich die Perspektive: Mit dem Fall des eisernen Vorhangs kam schlagartig die andere Hälfte Europas in den Blick, wurden ethnische Teilgedächtnisse aus ihrem sowjetischen Dämmer Schlaf geweckt, und traten

nicht zuletzt die Territorien schlimmster nationalsozialistischer Besatzungsherrschaft aus dem diffus Unvorgestellten des „irgendwo im Osten“ heraus. Die internationale Forschung über Hitler und das „Dritte Reich“, über die Ermordung der europäischen Juden, aber auch über die anderen deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg hat sich seit den neunziger Jahren noch um viele Dimensionen erweitert. Parallel dazu wurde und wird nicht nur die Frage nach den Opfern, sondern auch die Frage nach Kollaboration, nach Mittäterschaft und Täterschaft in ganz Europa neu gestellt. Mir scheint, es war dieser Zusammenhang, ins Bewusstsein gehoben auch durch die Balkankriege in der ersten Hälfte der neunziger Jahre, der die Staatsmänner Europas und Beobachter aus allen Teilen der Welt im Januar 2000 zum *Stockholm International Forum on the Holocaust* zusammenführte.

Indem sie den Holocaust zur warnenden Botschaft des 20. an das 21. Jahrhundert erklärten, haben sich die Unterzeichner der Stockholmer Deklaration zu neuen Anstrengungen für eine „Erziehung über den Holocaust“ verpflichtet. Aber in Stockholm ging es auch um die Frage, wie drohenden neuen Genoziden künftig rechtzeitig begegnet werden könne. In diesem Sinne sollen zur Prävention Kenntnisse über den Mord an den europäischen Juden auch in Ländern vermittelt werden, in denen kein unmittelbarer Zusammenhang mit der eigenen Geschichte besteht. Ziel ist also tatsächlich eine Universalisierung der Holocaust-Erinnerung, ihre Verankerung im globalen Gedächtnis, nicht zuletzt zum Schutz vor neuen Völkermorden.

Politisch ist das zweifellos zu begrüßen, auch aus edukatorischer Sicht mag man für ein „Lernen aus dem Holocaust“ eintreten. Mindestens aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive stellt sich jedoch die Frage, ob und wie es auf dem Weg in eine solche „Globalisierung“ gelingen kann, eine Entkontextualisierung des historischen Geschehens zu vermeiden. Die Risiken einer solchen Entkontextualisierung sind, so scheint mir, schon heute nicht mehr zu übersehen. Sie liegen nicht allein – und das wäre auch nur eine Sorge aus deutscher Perspektive – in der damit fast zwangsläufig einhergehenden Verkürzung der Geschichte des „Dritten Reiches“ just in jenem Moment, da das Ende der Zeitgenossenschaft die Möglichkeit eröffnet – aber auch die Notwendigkeit begründet –, die historische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht mehr als Kritik an der Bundesrepublik, sondern *sui generis* zu betreiben.

Das politisch und gesellschaftlich wohl größte Risiko liegt in der Gefahr, die Geschichte – und zwar nicht nur die Geschichte des 20. Jahrhunderts – zu dichotomisieren in Täter und Opfer. Gerade vor dem Hintergrund unseres kulturell gewandelten Blicks, der den Opfern zu Recht

die Beachtung zuteil werden lassen möchte, die eine heroische Geschichtsschreibung ihnen nicht zu geben vermochte, käme es darauf an, Verabsolutierungen zu vermeiden. Wir erleben ja längst schon die „Konkurrenz der Opfer“, von der der französische Soziologe Jean-Michel Chaumont in einer eindringlichen Analyse gesprochen hat.

Um noch einmal von diesem Land und seiner Geschichte zu sprechen: Nach etwa zwei Jahrzehnten, in denen es nach und nach gelang, den verschiedenen Gruppen der – wie man gerne sagte – „vergessenen Opfer“ des Nationalsozialismus Aufmerksamkeit und Anerkennung zu verschaffen, erleben wir neuerdings, wie sich der Opferdiskurs immer weiter ausdehnt und dabei die Unterschiede zu verschwimmen drohen. In diesem Sinne ist der baden-württembergische Ministerpräsident jetzt am weitesten gegangen, und man kann nur hoffen, dass sich seine Trauerrede für seinen Vorgänger Filbinger in der Rückschau eines Tages nicht als Zäsur erweisen wird: als Beginn einer völligen Auflösung der historischen Urteilskraft.

Gewiss geht es den meisten, die sich in den gegenwärtig hoch im Kurs stehenden Erinnerungen an Flucht und Vertreibung und an die Opfer des alliierten Bombenkriegs wiederfinden, nicht um die Relativierung der deutschen Verbrechen, die diesen Erfahrungen ihrer Eltern und Großeltern vorausgegangen sind. Das unterscheidet die heutige Empathie von der Apologie der fünfziger Jahre. Aber für alle gilt das nicht, und inzwischen können wir beobachten, dass der Distinktionsgewinn, der mit der Anerkennung als Opfer gesellschaftlich einhergeht, auch politisch missbraucht werden kann. Worauf es deshalb ankommt, ist also nicht nur Erinnerung, die bekanntlich auch trügen kann und die für sich genommen noch keine Aufklärung verspricht. Worauf es ankommt, ist Kenntnis der Geschichte – und ein darauf gegründetes aufgeklärtes Geschichtsbewusstsein. Das gilt für Deutschland, und das gilt für ein Europa, das sich zu einem aufgeklärten Umgang mit seiner Geschichte bekennt – und das wissen muss, dass diese Aufklärung immer wieder neuer Anstrengungen bedarf.

Anmerkungen

- 1 Die Vortragsform wurde für die Publikation beibehalten; für weiterführende Hinweise siehe: Norbert Frei: *1945 und wir. Das „Dritte Reich“ im Bewußtsein der Deutschen*. München ²2005.
- 2 Näheres dazu in meiner Studie: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. Taschenbuchausgabe München ²2003.